

Zusammenfassung der Verhandlungsergebnisse an der JLU Gießen

Seite 7-11 der „Gießener Erklärung“, Forderungen an die Universität

4 Verhandlungstermine, 26., 27., 30.11. sowie 04.12.2009

VertreterInnen der streikenden Studierenden (Fr. Schemenau, Fr. Heidenreich, Fr. Naumann, Fr. Benner-Kolhoff, Hr. Busam, Hr. Lützenkirchen, Hr. Hartmann, Hr. Rößler, Hr. Dach) und Mitglieder des Präsidiums und der Verwaltung sowie der Kanzler der JLU (Hr. Prof. Dr. Mukherjee, Fr. Prof. Dr. Burwitz-Melzer, Hr. Prange, Hr. Dr. Breitbach)

Seite 12-14 der „Gießener Erklärung“, zentrale Forderungen an die Fachbereiche

1 Verhandlungstermin, 21.01.2010

VertreterInnen der streikenden Studierenden (Fr. Hartwig, Hr. Kranemann, Hr. Hartmann, Hr. Strazzeri) und VertreterInnen der Uni-Leitung, der Dekanate, der Rechtsabteilung sowie der Verwaltung der JLU (Fr. Prof. Dr. Burwitz-Melzer, Hr. Prof. Dr. Bäumer, Hr. Prof. Dr. Schemmann, Hr. Prof. Dr. Cassing, Hr. Globeschütz, Hr. Treppesch, Hr. Prange, Fr. Greb)

- **Reduzierung der Prüfungslast / Flexibilisierung der Module / Überarbeitung des Workloads**
 - Brief an die Fachbereiche (10.03.2010) mit Aufforderungen, u.a.:
 - Modulgröße und -dauer überprüfen
 - von den bereits bestehenden Regelungen zur Reduzierung der Prüfungslast (§ 5 Abs. 7 AllB) Gebrauch machen (Zusage des Präsidiums, für den großzügigen Gebrauch dieser Regelungen zu werben)
 - Möglichkeiten der semesterunabhängigen Modulkomplettierung ausloten
 - unkomplizierte, flexible und unbürokratische Anerkennung von auch extern erbrachten Leistungen ausweiten
 - Entwicklung von Planungen zur Entzerrung von Prüfungen an den Fachbereichen
 - die Studierenden über die bereits bestehenden Regelungen zur Reduzierung der Prüfungslast (§ 5 Abs. 7 AllB) informieren
 - repräsentative empirische Klärung des Workloads durch eine Studie, um Überbelastungen ausfindig zu machen und den Workload ggf. neu zu berechnen
 - Erarbeitung eines Fahrplans zur Weiterentwicklung der Modularisierung in der Senatskommission

- **Abschaffung bzw. Lockerung der Anwesenheitspflicht / Abschaffung der Anwesenheitslisten**
 - generelle Problematisierung der Frage, was „regelmäßige, aktive Teilnahme“ eigentlich bedeutet, was dann zu fachbereichsspezifischen Klärungen dieser Frage führen kann
 - es soll nochmals auf die bestehenden Kompensationsregeln zum Ausgleich von Fehlzeiten (§ 7 Abs. 6) hingewiesen werden

- Diskussion verschiedener Möglichkeiten zur (Neu-)Regelung der Anwesenheitspflicht (u.a.: Begründungspflicht der Anwesenheitspflicht nach fachlichen, inhaltlichen und Lehrveranstaltungstypischen Kriterien, Festschreibung der Anwesenheitsregelung in den Modulbeschreibungen)
 - ⇒ *Die Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten mündet schließlich in einem Vorschlag des Präsidiums zur Regelung der Anwesenheitspflicht in den Allgemeinen Bestimmungen, der im April 2010 im Senat zur Abstimmung steht (vorgelegt in der 3. Sitzung der Monitoring-AG).*

- **Veranstaltungsfreier Mittwochnachmittag / Ausfall von Veranstaltungen bei VVs**
 - Information aller Fachbereiche über die bereits bestehende Regelung, dass keine alternativlosen Pflichtveranstaltungen am Mittwochnachmittag stattfinden dürfen
 - Regelungen zum automatischen Ausfall von Veranstaltungen bei studentischen VVs sind – wo noch erforderlich – in die entsprechenden Satzungen aufzunehmen

- **Auslaufende Studiengänge**
 - Brief an die Fachbereiche (10.03.) mit Aufforderungen, u.a.:
 - Überprüfung der Übergangsfristen samt Ausnahmebedingungen; ggf. Änderungen der Fristen in den Speziellen Ordnungen
 - Flexibilisierung der Anrechenbarkeit von Veranstaltungen für Studierende auslaufender Studiengänge
 - Flexibilisierung der Zulassung zu Veranstaltungen für Studierende auslaufender Studiengänge
 - Aufforderung an die Studierenden, dem jeweiligen Fachbereich ihren gegenwärtigen Stand mitzuteilen, damit dort eine Planungsgrundlage besteht
 - Aufforderung an die Studierenden, dem jeweiligen Fachbereich sowie ggf. dem Präsidium mitzuteilen, an welchen Stellen und warum Probleme auftreten

- **Barrierefreiheit**
 - Verzahnung des AK Disability Studies mit Präsidialkommission Barrierefreiheit
 - evtl. QSL-Antrag für ein Konzept zur verbesserten Umsetzung von Barrierefreiheit an der JLU
 - Rundschreiben an verschiedene Stellen mit Aufforderung zur Nutzung der bestehenden Regelungen für die Herstellung von Chancengleichheit und Abschaffung von Diskriminierung
 - rechtliche Überprüfung des Nachteilsausgleichs
 - *Idee zu einem qualifizierten Anmeldeverfahren, das sowohl Gruppen mit grundsätzlichen besonderen Bedarfen (chronisch Kranke, Behinderte, Eltern, Teilzeitstudierende) als auch spezielle Bedarfe aller Studierenden berücksichtigt (erst im Monitoring-Prozess aufgekommen)*

- **Familienfreundlichkeit**
 - QSL-Antrag zur finanziellen Unterstützung von Kinderbetreuung durch die Uni (Marburger Modell)
 - Prüfung der Wickelmöglichkeiten mit evtl. Aufstockung der „Wickelstationen“ auf den Damen- und Herrentoiletten
 - Überprüfung der Möglichkeiten für studierende Eltern, individuelle bzw. alternative Leistungen zu erbringen

- **Studentische Hilfskräfte**
 - ausführliche Informationen an Hilfskräfte und Beschäftigungsstellen über Rechte und Pflichten studentischer Hilfskräfte
 - transparentes Einstellungs- und Besetzungsverfahren von HiWi- und TutorInnenstellen (*genauere Abmachung dazu im Monitoring-Prozess: Etablierung eines 3-stufigen Verfahrens zur Information über freie Stellen (StudIP, Aushänge, Infos in den Seminaren) + Online-Börse für Bekundung von Interesse durch Studierende*)
 - künftig Angebot von didaktischen Schulungen (allgemein sowie fachspezifisch) für TutorInnen übers Netzwerk Hochschuldidaktik Mittelhessen

- **Personal**
 - Aufforderung an die Studierenden, Felder und Fachgebiete zu benennen, wo zu viele Lehraufträge eingesetzt werden

- **Teilzeitstudium**
 - Verbesserung der Informationslage über Möglichkeiten und Regelungen zum Teilzeitstudium an der JLU sowohl an Studierende als auch an Lehrende (v.a. StudienkoordinatorInnen)

- **Praktikum**
 - Klärung des Umfangs für die Mindestanwesenheit bei Praktika (inkl. Berücksichtigung von Krankheiten)
 - Regelungen in den entsprechenden Ordnungen für die Anerkennung von Auslandspraktika und Praktika, die vor dem Studium erbracht wurden
 - Regelungen in den entsprechenden Ordnungen für die Entflechtung von Praktikum und universitätsinterner Leistungserbringung (Klausuren, Hausarbeitsabgabetermine usw. möglichst nicht während des Praktikums); Zusicherung der Möglichkeit von Ersatzterminen
 - Regelungen in den entsprechenden Ordnungen für die Ermöglichung von Teilzeitpraktika bzw. semesterbegleitenden Praktika bei Zustimmung von Praktikumsbetreuer, Betrieb und StudentIn

- Online-Plattformen

- Gewährleistung der Synchronisierung von eVV und StudIP
- Verbesserung und gerechtere Gestaltung der Online-Anmeldung zu Veranstaltungen:
 - Bericht an die Senatskommission Studiengänge über die Vor- und Nachteile der Trennung von Veranstaltungs- und Prüfungsanmeldung
 - Bericht an die Senatskommission Studiengänge über die Vor- und Nachteile verschiedener Anmeldeverfahren sowie über die Möglichkeit der Planbarkeit von Veranstaltungsbelegungen anhand historischer Daten
 - Unterstützung vonseiten des Präsidiums bei der generellen Vereinheitlichung des Losverfahrens anstelle des Windhundverfahrens
 - *Idee zu einem qualifizierten Anmeldeverfahren, das sowohl Gruppen mit grundsätzlichen besonderen Bedarfen (chronisch Kranke, Behinderte, Eltern, Teilzeitstudierende) als auch spezielle Bedarfe aller Studierenden berücksichtigt (diese Idee ist erst im Monitoring-Prozess aufgekommen)*
 - ⇒ *Konzept dazu steht noch aus*
- Realisierung der Abmeldung von Prüfungen über einen Button in FlexNow (anstelle der bisher nötigen gesonderten Nachricht ans Prüfungsamt)
- Lernplattformen
 - Überprüfung der Notwendigkeit von Schulung/Unterstützung der Lehrenden, um eine flächendeckende Nutzung von Lernplattformen zu etablieren; evtl. QSL-Antrag zur Finanzierung dieser Schulungen
 - rechtliche Klärung der Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Semesterapparate

- Weitere wichtige Vereinbarungen

- Die *Studiengangsstruktur und die Studiengangsinhalte* sollen künftig *in der Einführungswoche transparent dargestellt* werden.
- Die *Nebenfach-Initiative* wird vorangetrieben. In den Gesprächen wird die *Integration von Nebenfächlern in Module* erörtert.
- Die Vizepräsidentin wird die Fachbereiche um *ein finanziell realistischeres Angebot für Pflichtexkursionen* (z.B. innerhalb Europas) oder um Alternativen bitten. Lehramts-Studierende sollen grundsätzlich die gleichen Lernchancen erhalten.
- Die Dekanate werden aufgefordert, *über den in einem Berufungsverfahren erreichten formellen Stand* z.B. durch Aushang zu *informieren*. Die Studierenden werden aufgefordert, für eine Kommunikation der studierenden Gremienmitglieder zu sorgen.
- In den Fachbereichen sollen *spezifische Lösungen für die Information über Vorträge von Bewerbern in einem Berufungsverfahren* gefunden werden (z.B. Nutzung von Mail-Verteilern, StudIP, FB-Homepage, Aushängen, Information in den Lehrveranstaltungen).